

Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen - leider keine Selbstverständlichkeit!

Lutz, Tilman

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lutz, T. (2018). Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen - leider keine Selbstverständlichkeit! *FORUM für Kinder und Jugendarbeit*, 3, 59-65. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61975-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Soziale Arbeit als Arbeit am Sozialen – leider keine Selbstverständlichkeit! (1)

von *Tilman Lutz*

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin *gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen* und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen“ (DBSH 2016, Herv. TL).

Nicht nur in der internationalen Definition Sozialer Arbeit sind professionsethische und professionstheoretische Ansprüche verankert, mindestens *auch* kritisch an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten und sich nicht auf die individuelle Bearbeitung der Folgeprobleme sozialer Konflikte bzw. des Verhaltens ihrer Adressat_innen zu beschränken. Hans Thiersch (2002) spricht von der Sozialen Arbeit als *Neugestalterin des Sozialen*, die kritisch und nach den Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität handelt.

Demnach scheint es keine Frage zu sein, dass Soziale Arbeit *kritische* Arbeit am Sozialen und den Verhältnissen ist (oder sein sollte), auch wenn damit noch nicht bestimmt ist, wie dieser Anspruch inhaltlich gefüllt wird. Ein Beispiel dafür ist die Debatte um die neue Übersetzung der internationalen Definition Sozialer Arbeit. An dieser verdeutlicht Günther (2017), dass mit der Übersetzung von liberation als Förderung von „Selbstbestimmung“ statt als „Befreiung“ eine Abschwächung der Kritik an strukturellen Diskriminierungs- und Ausschließungspraktiken verbunden ist. Umso mehr als Selbstbestimmung auch ein zentrales Schlagwort der Aktivierungsprogrammatisierung bzw. neosozialer Politiken ist.

Ein Blick auf die jüngeren Entwicklungen und Debatten stellt diese Selbstverständlichkeit allerdings deutlich in Frage. So wurde mit dem Leitthema des letzten Bundeskongress Soziale Arbeit die derzeitige Verdrängung einer „*Politik der Verhältnisse*, die primär gesellschaftsstrukturelle Bedingungen von sozialer Ungleichheit und sozialer Ausschließung [...] problematisiert“ durch „*eine Politik des Verhaltens*“ (Anhorn et al 2018: 1) kritisch thematisiert: Soziale Arbeit als (kritische) Arbeit am Sozialen versus Soziale Arbeit als (herrschaftssichernde und -erhaltende) Arbeit am Einzelnen.

Im Zuge der neosozialen oder „neoliberalen“ Restrukturierung gesellschaftlicher Konfliktverhältnisse“ (ebd.: 1) im aktivierenden Sozialstaat wird sowohl in den hegemonialen als auch in den kritischen Debatten zur Rolle und Entwicklung der Sozialen Arbeit deren gesellschaftliche Funktion implizit und explizit zu einem zentralen Bezugspunkt. „Soziale Arbeit hat (ähnlich wie Justiz, Bildungswesen, Sozialpolitik etc.) die Funktion, gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten. Die Form dieser Regulierungen besteht in der

Sozialen Arbeit – kurz gesagt – darin, soziale Problemlagen als ‚psychosoziale Probleme‘ individueller Akteure zu bearbeiten“ (Bitzan 2011: 506).

Danach wird der Sozialen Arbeit die ordnungspolitische Funktion zugewiesen, das jeweilige gesellschaftliche und wirtschaftliche System zu stabilisieren und zu erhalten. (2) Die Erfüllung dieser Ordnungsfunktion setzt jedoch nicht an den herrschenden Normen oder der ungleichen Verteilung von Ressourcen, Status, Einkommen o.ä. an, und schon gar nicht an deren Infragestellung. Diese sind vielmehr Teil der zu stabilisierenden Ordnung. Konkret bearbeitet werden daher in diesem Sinn die Individuen und deren (abweichende) Verhaltensweisen.

Im Gegensatz zu den professionsethischen und -theoretischen Perspektiven beinhaltet die gesellschaftliche Funktion also keinesfalls den Anspruch einer (kritischen) Arbeit am Sozialen.

Vielmehr gründet ebendieser Anspruch auf der Kritik an der ordnungspolitischen Funktion sowie den zugehörigen Widersprüchen und Spannungsfeldern (in) der Sozialen Arbeit: Hilfe & Kontrolle/Herrschaft – Ausschließung & Teilhabe – doppeltes Mandat – usw. Die ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit als (Teil-)Antwort auf die Soziale Frage ist spätestens seit ihrer Akademisierung ein konstitutiver Konflikt, insbesondere in der sich kritisch-reflexiv verstehenden Tradition. Dieser Konflikt bzw. Widerspruch zwischen dem Anspruch, am Sozialen zu arbeiten und der gesellschaftlichen Funktion – mit Bettinger (2008: 422 ff.) zwischen traditioneller und kritisch-reflexiver Sozialer Arbeit – erfährt im Rahmen des neosozialen, aktivierenden Staates eine neue Qualität bzw. Verschärfung.

Die aktuellen Entwicklungen werden einerseits als möglicher Professionalisierungsgewinn begrüßt, im Sinne einer Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext ihrer Ökonomisierung, mit der die „alten“ Widersprüche und Konflikte überwunden werden sollen.

Auf der anderen Seite werden sie als zunehmende Reduktion auf Verhaltensveränderung und Therapeutisierung (Anhorn/Balzereit 2016) sowie als Indienstnahme der Sozialen Arbeit „als Kontroll- und Sanktionsprofession“ (Grüner/Trummer 2012: 93) kritisiert. Die (fach)öffentliche Kritik und der Widerstand gegen die „Zumutungen ordnungspolitischer Problemlösungen“ (AKS o.J.) sowie gegen die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit nehmen zu, was sich nicht zuletzt in den Neugründungen bzw. nach wie vor aktiven kritischen – regionalen wie landesweiten – Assoziationen von Sozialarbeitenden zeigt (bspw. AKS, SPAK, Kriso, UFO usw.).

Diese Bewegungen und die Analysen sind jedoch keinesfalls einig. Zum Teil werden in den kritischen Debatten und Stellungnahmen die ordnungspolitische Funktion der Sozialen Arbeit sowie die immanenten Widersprüche der Profession verschleiert. Daher erscheint eine (selbst)kritische Aktualisierung der Auseinandersetzung mit der Funktion Sozialer Arbeit

notwendig, um Fallstricke in der notwendigen Kritik und praktischen Auseinandersetzung zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund umreißt ich auf Basis einer knappen historischen Skizze die derzeitige aktivierende Sozialpolitik in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit. Anschließend folgen kritische Kommentierungen – sowohl der affirmativen Deutung, mit der Aktivierung Konflikte und Spannungsfelder zu überwinden, als auch der impliziten Verschleierung der gesellschaftlichen Funktionszuweisung in kritischer Absicht.

Dabei geht es mir erstens darum, zu betonen, dass eine (kritische) Arbeit am Sozialen keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, auch wenn sie dies in Disziplin und Praxis sein sollte. Zum zweiten versuche ich zu begründen, warum eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit den immanenten Widersprüchen der Profession und ihrer Funktion notwendig ist, gerade für eine kritisch-reflexive Soziale Arbeit.

Die ordnungspolitische Funktion Sozialer Arbeit im Wandel

Historisch zeigt sich die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit unverblümt. Bis in das 20. Jahrhundert hinein dominierten polizei- und ordnungsrechtlich verfasste Zugänge die (Armen)Fürsorge: Es ging um „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und de[n] Schutz der nichtarmen Bevölkerung vor den Folgen der Armut“ (Hanesch 2011: 67). Die „disziplinierende Ausgestaltung und ein persönliches Einwirken als Einheit von Hilfe und Kontrolle, Erziehung und Repression“ (Hammerschmidt/Sagebiel 2011: 13) waren selbstverständlich, wie an der bis in die 1960er dominanten Leitlinie „Zucht und Ordnung“ deutlich wird.

Die Kritik an der Ordnungsfunktion wurde in den frühen 1970ern prominent. Neben der Entdeckung des „doppelten Mandats“ (Böhnisch/Lösch 1973) wurde Soziale Arbeit als primär kontrollierende und herrschaftssichernde Instanz analysiert, die die harte, strafrechtliche Kontrolle lediglich um eine sanfte Form ergänzte (Bommes/Scherr 2000: 41). Nicht nur radikale Analysen bezogen sich auf den „Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital, [der] den sozialpolitischen – und [...] sozialpädagogischen – Diskurs zentral prägte und die Problematik sozialer Desintegration entsprechend im Focus der ‚Sozialen Frage‘“ (Böhnisch 2011: 221) bündelte. Soziale Arbeit im Kapitalismus wurde als „Agent und Repräsentant des herrschenden Staates“ (Hollstein 1973: 39), die „sowohl für die materielle wie für die ideologische Reproduktion des bestehenden Systems“ (ebd.) zuständig ist, identifiziert und kritisiert.

Der zentrale Bezug auf den Konflikt zwischen Anspruch und Funktion wurde spätestens mit der Diagnose der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft brüchig. Dafür steht die in den 1990ern prominente These der „Normalisierung“ der Sozialen Arbeit, die „zu einer sozialen Hilfe gegenüber Identitätsbildungs- und kulturellen Verständigungsprozessen“ (Böllert 2011: 629) werde bzw. werden solle – für alle Bevölkerungsgruppen. Damit war auch

die Hoffnung der Profession verbunden, sich aus ihrer ordnungspolitischen Funktion und Kontrollrolle zu befreien.

Der erhoffte Übergang „von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung“ (Böllert 2011) hat die ordnungspolitische Funktion der Sozialen Arbeit und die daraus resultierenden Konflikte und Widersprüche jedoch keinesfalls aufgelöst. Gleichwohl haben diese Diskurse dazu beigetragen, diese Funktion in den Hintergrund zu drängen und von emanzipatorischen, gesellschaftskritischen Ansprüchen Sozialer Arbeit abzugrenzen, die auf diesen Konflikten und deren Analyse gründen.

Soziale Arbeit im aktivierenden Staat

Mit den ökonomischen und sozialpolitischen Transformationsprozessen – Neoliberalisierung und Ökonomisierung – wird eine „Neuerfindung“ (Lessenich 2008) oder „Reformulierung des Sozialen“ (Lutz 2008: 3) konstatiert. Sozialpolitik wandelt sich von einer versorgenden zu einer investiven und aktivierenden. Damit werden die Bearbeitungsweisen und auch die Funktion der Sozialen Arbeit vor grundlegende Herausforderungen gestellt: Dieser „geht die wohlfahrtsstaatliche Orientierung an universellen Integrationsmustern zunehmend verlustig. Gleichzeitig verspricht ihr ein Rollenwechsel hin zur staatlichen Aktivierungsinstanz eine höhere Einflussnahme als je zuvor“ (Kessl 2005: 224f).

Die eingangs genannten Debatten um die Neuausrichtung(en) der Sozialen Arbeit stehen im Kontext der aktivierenden Sozialpolitik, deren Kern die Verpflichtung der Einzelnen zur Mobilisierung ihrer Eigenverantwortung ist. Die versorgenden, auf Stuserhalt orientierten Programmatiken des Nachkriegswohlfahrtsstaates werden durch Aktivierungs- und Lebensführungspolitiken verdrängt, die den Kriterien des Marktes untergeordnet werden. Dazu gehört eine Verlagerung der sozialpolitischen Prioritäten: weg von „passivierenden“ Transferleistungen (Geld) hin zu personenbezogenen, „aktivierenden“ Dienstleistungen (Pädagogik und Verhaltensveränderung). Dies wertet Soziale Arbeit systematisch auf, da diese seit jeher personenbezogen agiert und sowohl fördernde, freiwillige Angebote vorhält, als auch fordernde, die Druck und handfesten Zwang beinhalten, mit denen nun die Eigenverantwortung und Selbstsorge der Bürger_innen aktiviert werden sollen.

Diese sollen ihr Leben aktiv und eigenverantwortlich managen, und zwar in der „richtigen“ Weise: rational und ökonomisch produktiv, die zentralen Schlagworte sind Employability und Verwertbarkeit. Eigenverantwortung und Selbstsorge sind also nicht „frei“, sondern vordefiniert. Mangelnde Selbstsorge und (Eigen-)Aktivität werden nicht nur als irrational und unökonomisch etikettiert, sondern auch als unmoralisch (Lessenich 2008: 83) – und damit als (sozial)pädagogisch und sozialarbeiterisch zu bearbeiten: an den und mit den individuellen Akteuren.

Diese Leitidee wird in kulturalistischen und individualisierenden Erklärungen sozialer Ungleichheiten (etwa Faulheit, „Schmarotzertum“) sowie den zugehörigen

Schulduzuweisungen an die Individuen besonders augenfällig – allen voran die These der 'Kultur der Armut' (kritisch Klein et al. 2005), in der die Bedeutung sozio-ökonomischer Ursachen für problematische Lebensverhältnisse und Armut durch eine moralische Verurteilung der Armen ersetzt wird. Dies verändert nicht nur sozialarbeiterische Interventionen und deren Rahmenbedingungen, sondern legitimiert auch Zwang, Kontrolle, Sanktionen und Ausschließungen. Die Grenzziehung und Platzzuweisung „zwischen Inklusion und Exklusion, die Klassifikation“ (Cremer-Schäfer/Steinert 2014: 66) als zentrale ordnungspolitische Aufgabe der Sozialen Arbeit seit der Armenfürsorge wird mit neuen Prämissen ausgestattet und remoralisiert: es geht um die Unterscheidung zwischen den ökonomisch verwertbaren und verwertungswilligen „Anständigen“ und den Nicht-Leistungsträger_innen, den „moralisch Unzuverlässigen“ oder „Unwilligen“. Zugespitzt: Wer nicht für sich selbst sorgt, indem er oder sie sich gesund ernährt, nicht raucht, sich marktadäquat (permanent) qualifiziert usw., ist nicht nur selber Schuld an der eigenen Misere, sondern macht sich – als „Kostenfaktor“ – auch an der Gesellschaft schuldig.

Auf der anderen Seite arbeiten Neoliberalismus und Aktivierungsprogrammatik mit progressiven Begriffen und Ideen: Empowerment, Partizipation, Selbstbestimmung usw. Damit schließen sie an berechtigte Kritiken auch der kritischen Sozialen Arbeit an, etwa der normierenden Normalisierung und fürsorglichen Belagerung im Nachkriegswohlfahrtsstaat. Dieser war weder frei von sozial und ökonomisch produzierten Ungleichheiten und Ausschließungen (etwa die Rolle der (Haus-)Frau und die daraus resultierende Abhängigkeit) noch von repressiven Maßnahmen (nicht nur in der Heimerziehung). Vielmehr waren diese immanenter Bestandteil dieses Integrationsversprechens. Eine rückwärtsgewandte Überhöhung ist daher nicht angebracht.

Aktivierung als Chance zur Überwindung von Widersprüchen und Spannungsfeldern

An diese Begriffe knüpft die Idee der Neuausrichtung Sozialer Arbeit im Kontext von Aktivierung und Ökonomisierung an, die wie Ronald Lutz (2008) pointiert formuliert als Chance gesehen wird, Soziale Arbeit neu zu entwerfen. (3) Danach entspreche es sowohl „dem Bild vom Menschen der Moderne, wenn dem gestaltungsfähigen Subjekt mehr Autonomie, Eigenverantwortung und ökonomisches Handeln zugemutet bzw. abverlangt wird“ (ebd.: 4) als auch der ‚eigentlichen Aufgabe‘ Sozialer Arbeit: Die „neue Autonomie der Subjekte zu fördern, dazu beizutragen, dass die Menschen ihr Leben selbst und in eigener Verantwortung gestalten können“ (ebd.: 7). Damit werden ausdrücklich bisher konstitutive Ansprüche und Widersprüche verabschiedet bzw. überwunden: etwa das doppelte Mandat oder die Ideen einer Parteilichkeit für die Adressat_innen. Auch Konzepte, mit denen Soziale Arbeit sich ein sozialpolitisches Mandat aneignet und in Ansätzen auch politisch zugewiesen bekommt, etwa Soziale Ungleichheit oder Soziale Gerechtigkeit, bedürfen demnach einer „fundamentalen Reformulierung“ (ebd.: 3). So wird im Kinder- und Jugendhilferecht prominent als Aufgabe formuliert, „positive Lebensbedingungen [...] zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1 (3) Nr. 4 SGB VIII).

Damit würden die ordnungspolitische Funktion und die zugehörigen Widersprüche aufgelöst oder zumindest reduziert: Beratung, Unterstützung und Aktivierung lösen Kontrolle, Disziplinierung und Diskriminierung ab. „Hilfen werden zu Optionen (Wahlmöglichkeiten ohne Verpflichtung dazu) und stellen eben keine ‚fürsorgliche Belagerung‘ mehr dar“ (ebd.: 7). Die Soziale Arbeit würde in diesem Neuentwurf von ihren repressiven und kontrollierenden Aufgaben befreit. Letztere wären für die so genannte zweite Klasse der Adressat_innen reserviert, konkret für jene, „die nicht mehr aktivierbar zu sein scheinen“ (ebd.: 8). Diese „Bruchstelle einer modernen Sozialarbeit“ (ebd.) wird offenbar billigend in Kauf genommen – primär angesichts der Chance, mit den „First-Class-Adressat_innen“ jenseits ordnungspolitischer Zumutungen arbeiten zu können. Gleichzeitig würde damit die Arbeit am Sozialen (den Verhältnissen) von der Arbeit an den Einzelnen (und ihrem Verhalten) abgelöst bzw. geht in dieser auf.

Kritiken und deren Fallstricke

In der kritischen Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umbrüchen wird die eben skizzierte Entwicklung zu Recht bekämpft. Denn diese verschleiert die zunehmend repressiv ausgestaltete Ordnungsfunktion Sozialer Arbeit. Gerade in der „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ (Lutz 2008: 8) sind Grenzziehungen und Kategorisierungen notwendig, für die Soziale Arbeit nach wie vor zuständig ist und zuständig gemacht wird. Die Auslagerung der repressiv-kontrollierenden Ordnungsfunktion verdeckt also die damit vermachten Widersprüche lediglich: „Ein Arrangement mit den gesellschaftlichen Widersprüchen läuft auf eine Zurichtung der KlientInnen hinaus. Wenn sie schon nicht (mehr) in die Strukturen passen, müssen sie [und nicht die Strukturen!, TL] dementsprechend verändert werden“ (Grüner/Trummer 2012: 94) – oder sie werden fallen gelassen und ausgeschlossen.

Die begründete und zwingend notwendige Kritik an den in Aktivierung und Ökonomisierung eingelassenen repressiven Aufgaben und der Vermarktlichung auf unterschiedlichen Ebenen (prägnant: Kessl 2018: 6f) werden hier nicht in Frage gestellt. Vielmehr geht es, wie eingangs angekündigt, um einen (selbst)reflexiven Blick auf die kritischen Auseinandersetzungen und die darin sichtbaren Fallstricke, die mit der Gefahr verbunden sind, die Ordnungsfunktion der Sozialen Arbeit und deren Widersprüche zu verschleiern.

Dazu gehören nicht zuletzt die Kritiken an der Ökonomisierung, die diese primär auf Kostensenkung bzw. Sozialabbau reduzieren. Damit ist einerseits eine analytische Verharmlosung und Reduktion der umfassenden Vermarktlichung sowie ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit verbunden. Andererseits wird die eigene „Mittäterschaft“ (von Verbänden, Einrichtungen, Wissenschaft und Sozialarbeitenden) kaum selbstkritisch thematisiert, worauf Fabian Kessl (ebd.:7) jüngst zu Recht hingewiesen hat. So mutet es befremdlich an, wenn der Boom und die volkswirtschaftliche Relevanz der Sozialen Arbeit bzw. einzelner Bereiche „gefeiert“ wird, etwa dass die in der Kinder- und Jugendhilfe mehr Menschen beschäftigt sind als in der Automobilindustrie.

Die oftmals geforderten zusätzlichen Ressourcen für die Soziale Arbeit sind – auch aufgrund der Arbeitsverdichtung, die Teil der derzeitigen Politiken ist, und den realen Kürzungen (insbesondere in Bereichen, denen wenig „Produktivität“ zugeschrieben wird) – nachvollziehbar und berechtigt. Sie adressieren die zu Grunde liegenden Konflikte jedoch nicht. Mehr Soziale Arbeit oder die „Entwicklung neuer Aufgabengebiete“ und „Erschließung neuer Arbeitsgebiete“ für die Soziale Arbeit, wie sie auch der DBSH in seinem Grundsatzprogramm von 1998 (das sehr wohl auch strukturelle Spannungsfelder und Konflikte als konstitutiv für die Profession benennt) fordert, führen nicht an sich zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Zum anderen wird die ordnungspolitische Funktion(szuweisung) und deren zunehmend repressive Ausgestaltung in den kritischen Bewegungen und Argumentationslinien teilweise verschleiert bzw. droht verschleiert zu werden, in dem sie als „neu“ und staatlich oktroyiert definiert wird. Ein Beispiel dafür findet sich auf dem Flyer des Unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit (UFo) zum Internationalen Tag der Sozialen Arbeit 2013: „Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist weder für ein Funktionieren der Menschen, noch für ihre Nützlichkeit im System zu sorgen! Solche Zielsetzungen lassen wir uns auch künftig nicht aufzwingen! Soziale Arbeit ist vielmehr Partnerin der Bürger/innen bei der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe!“ Dieses Bild markiert prototypisch ein – fraglos kritisch motiviertes und sympathisches – Bild der Profession. Zugleich externalisiert es die ordnungspolitische Funktion und die darauf gründenden Widersprüche, die Teil der Profession sind, ebenso wie deren grundlegende Bedeutung für die Aneignung eines sozialpolitischen Mandates und die dafür notwendige selbst-kritische Analyse. Denn ein „politisches Mandat schreibt man sich [begründet, TL] zu“ (Cremer-Schäfer 2001).

Mit solchen Fallstricken droht aus meiner Sicht das (selbst)kritische und politische Potenzial, das nicht zuletzt auf dem Unbehagen über die eigene Funktion gründet, zu verdämmern. Die immanenten Widersprüche der Profession, auf denen sich kritische Soziale Arbeit gründet, basieren auf der Bearbeitung von sozial bzw. ökonomisch produzierten und definierten Ausschließungen und Konflikten an den Individuen. Mit anderen Worten: auf der ordnungspolitischen und das jeweilige System stabilisierenden Funktion(szuweisung) an die Soziale Arbeit. Diese gesellschaftsanalytische Einsicht kennzeichnet die für eine kritische Soziale Arbeit notwendige Distanz zu ihrer gesellschaftlichen Funktion und den ihr konkret zugewiesenen Aufgaben. Dies wird in der Zielstellung deutlich, sich selbst überflüssig zu machen, und mehr Soziale Arbeit eben nicht als Erfolg zu feiern.

Mehr Soziale Arbeit bedeutet funktional betrachtet nicht Befreiung oder mehr soziale Gerechtigkeit, sondern mehr Kontrolle und mehr Eingriff. Ein Sozialarbeiter aus der Wohnungslosenhilfe dies im November 2017 in Hamburg auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Wie lange funktionieren wir noch? Zumutungen an die Soziale Arbeit zwischen Elendsverwaltung und politischem Mandat“, plastisch formuliert: „Ich kann noch so viel und

gut beraten, davon bekommen die Menschen keine Wohnung – es fehlt schlicht an Wohnraum.“

Fazit und Plädoyer für eine selbst-verständliche kritische Arbeit am Sozialen

Um der skizzierten Gefahr der Verschleierung der ordnungspolitischen Funktion – auch in kritischer Absicht – zu entgehen, gilt es gerade in der kritischen Sozialen Arbeit, die eigene Verwobenheit mit den derzeitigen ökonomisierenden und aktivierenden Politiken selbstkritisch zu reflektieren und aktiv zu bearbeiten. Als ordnungspolitische Instanz unterliegt die Soziale Arbeit fraglos Grenzen, als solche verfügt sie jedoch auch über Gestaltungsspielräume. Sowohl in ihren als auch aufgrund ihrer Widersprüche und Konflikte. Diese fasst beispielsweise der Verein Kritische Soziale Arbeit (KriSo, o.J.), ebenfalls ein Teil der hier bewusst kritisch diskutierten Bewegungen, prägnant zusammen:

„Soziale Arbeit muss wieder dazu beitragen können, gesellschaftliche Widersprüche und Interessenskonflikte sowie soziale Ungleichheiten und Ausschließungsprozesse aufzudecken und das Soziale im Sinne von KlientInnen mitzugestalten“. Darüber hinaus muss Soziale Arbeit jedoch eigene Gründe haben, Gesellschaft zu verändern. Es reicht nicht aus, sich diese bei den Adressat_innen auszuleihen. Dazu gehört die reflexive Auseinandersetzung mit der eigenen ordnungspolitischen Funktion sowie mit den Widersprüchlichkeiten und Alternativen gegenwärtiger Praxen und der Gesellschaftsordnung.

Literatur:

- AKS (o.J.): Der "Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit" (AKS) URL:
<http://www.kritischesozialearbeit.de/> [14.03.2018]
- Anhorn, R. / Schimpf, E. / Stehr, J. (2018): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. In: Keim, R./Rathgeb, K./Schimpf, E./Spindler, S./Stehr, J. (Hg.): Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 1-17
- Anhorn, R./Balzereit, M. (Hg.) (2016): Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Wiesbaden
- Bettinger, F. (2008): Auftrag und Mandat. In: Bakic, J./Diebäcker, M./Hammer, E. (Hg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Wien, 25-39
- Bitzan, M. (2011): Genderpolitik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 499-509
- Böhnisch, L. (2011): Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 219-233
- Böhnisch, L. / Lösch, H. (1973): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, H.-U. / Schneider, S. (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Band 2. Neuwied, S. 21-40
- Böllert, K. (2011): Von der sozialdisziplinierenden Intervention zur partizipativen Dienstleistung. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, 625-634
- Bommes, M. / Scherr, A. (2000): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe. Weinheim und München.

- Cremer-Schäfer, H. (2001): Ein politisches Mandat schreibt man sich zu. Zur Politik (mit) der Sozialen Arbeit. In: Merten, R. (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Wiesbaden, S. 55-69
- Cremer-Schäfer, H. / Steinert, H. (2014): Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie. Münster
- DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.) (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und DBSH. URL: https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_02.pdf [16.03.2018]
- DBSH (1998): Grundlagen für die Arbeit des DBSH e.V. Grundsatzprogramm des DBSH. URL: https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Grundsatzprogramm.Vorstellungsklein_01.pdf [12.03.2018]
- Verein zur Förderung des DOWAS (Hg.) (2018): Jahrbuch 2017. Innsbruck, S. 17-29
- Günther, M. (2017): Freiheit, Freiheit, ist die einzige, die fehlt. Überlegungen zur aktuellen Definition Sozialer Arbeit. In: Widersprüche 145, 99-109
- Grüner, P. / Trummer, S. (2012): Diskurse der Ausgrenzung in Österreich. In: Weiss, A. (Hg.): Soziale Frage im Wandel. Wien, S. 87-95
- Hammerschmidt, P. / Sagebiel, J. (2011): Einführung: Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Diess. (Hg.): Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts, 9-20
- Hanesch, W. (2011): Armut und Armutspolitik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 57-70
- Hörster, R. (2011): Sozialpädagogische Kasuistik. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg): Handbuch Soziale Arbeit. München/Basel, 1476-1484
- Hollstein, W. (1973): Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme. In: Hollstein, W. / Meinhold, M. (Hg.). Sozialarbeit unter Kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt/Main, 9-43
- Kessl, F. (2005): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität Sozialer Arbeit. Weinheim/München
- Kessl, F. (2018): Zukunft der Sozialpsychiatrie im Licht der gesellschaftlichen Megatrends. Unsere Wahrnehmungen und Herausforderungen. In: Kerbe 1/2018, 4-8
- Klein, A. / Landhäußer, S. / Ziegler, H. (2005): The Salient Injuries of Class. Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit. In: Widersprüche 98, 45-74
- Lessenich, S. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- Kriso (o.J.): Verein Kritische Soziale Arbeit. URL: <http://kriso.at/verein-kriso/> [10.03.2018]
- Lutz, R. (2008): Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/13 2008. Wandel der Sozialen Arbeit, 3-10
- Thiersch, H. (2002): Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim & München

Anmerkungen:

- 1) Dieser Aufsatz ist zuerst im Juni 2018 im Jahrbuch des Vereins zur Förderung des DOWAS (Innsbruck) erschienen.
- 2) Dass die Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung letztlich auch Arbeit am Sozialen bedeutet, ist klar. In diesem Beitrag verstehe ich Arbeit am Sozialen jedoch zum einen im Sinne einer Veränderung des Sozialen in kritischer Absicht und zum anderen als aktive Bearbeitung der Verhältnisse.
- 3) Dieser Text wird hier ins Zentrum gestellt, weil er die ökonomisierende Neujustierung der Sozialen Arbeit und deren Folgen besonders deutlich markiert. Zudem wird er sowohl als Kritik an dieser Neuausrichtung als auch als deren Affirmation rezipiert.